

Heinrich
Effektive Beweisaufnahme
im Strafprozess

Effektive Beweisaufnahme im Strafprozess

von

Dr. Jürgen Heinrich

Direktor des Amtsgerichts

2024



C.H.BECK

Zitiervorschlag: Heinrich Beweisaufnahme StrafProz Kap. 1 Rn. 1

beck.de

ISBN 978 3 406 80825 8

© 2024 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH,
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza
Satz: Textservice Zink, 74869 Schwarzach
Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

„Nach dem vom Oberlandesgericht festgestellten und dokumentierten Verfahrensablauf fehlt jedes Bemühen, Zeugen und Sachverständige auf eine effiziente Art zu laden und einen straffen Verhandlungsplan festzulegen.“ So hat sich das Bundesverfassungsgericht in einer Entscheidung aus dem Jahre 2006 geäußert. Effizient eine Hauptverhandlung zu planen und entsprechend nach diesem Plan durchzuführen, erscheint selbstverständlich und ist das unzweifelhafte Ziel jeder Strafrichterin und jedes Strafrichters. Zahlreiche Widrigkeiten stehen aber in der Praxis oftmals einem raschen Abschluss entgegen. Auf alle Umstände hat ein Gericht auch nicht immer Einfluss.

Die vorliegende Arbeit will eine Hilfestellung für die Planung, Durchführung und letztlich für die Auswertung einer Beweisaufnahme bieten, um dem Ziel, einen effizienten Strafprozess zu schaffen, näherzukommen. Dabei wurde eine komprimierte, auf das Wesentliche beschränkte Form gewählt, um der Praxis einen schnellen Überblick zu ermöglichen. Die Arbeit wendet sich an Neu- und Wiedereinsteiger in ein strafrichterliches Referat; aber auch dem Fortgeschrittenen soll das Buch dazu dienen, seine Beweisaufnahme zu optimieren. Strafverteidigern nutzt das Werk zur Kontrolle, ob die Gerichte einen zutreffenden Weg gewählt haben, ein Beweismittel zum Gegenstand der Hauptverhandlung zu machen.

Für die Durchsicht und die hilfreichen Anmerkungen danke ich StAGrL'in Kristin Wendler.

Über Anregungen sowohl aus den Kreisen der Kolleginnen und Kollegen als auch von Seiten der Strafverteidigung freue ich mich.

Passau/Freyung, September 2023

Jürgen Heinrich

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XIII
Literaturverzeichnis	XVII

Kapitel 1. Einführung

Kapitel 2. Grundsätze des Beweisrechts

A. Grundlagen der richterlichen Überzeugungsbildung	5
B. Amtsaufklärungspflicht	5
C. Grundsatz der Unmittelbarkeit in der Beweisaufnahme	6
1. Gegenstand der Beweisaufnahme	7
2. Arten der Beweisaufnahme	7
3. Unmittelbarkeitsprinzip	8
a) Formelle Unmittelbarkeit	8
b) Materielle Unmittelbarkeit	8
c) Transferverbot	9

Kapitel 3. Einlassung des Angeklagten

A. Zweck und Bedeutung der Einlassung	13
B. Einlassung in der Hauptverhandlung	13
1. Regelfall der mündlichen Erklärung	13
2. Alternative Einlassungsformen	15
a) Vorlesen einer vorgefassten Erklärung durch den Angeklagten	15
b) Übergabe einer vorgefassten Erklärung durch den Angeklagten	15
c) Verweisung durch den Angeklagten auf frühere Vernehmungen/ beschlagene Schriftstücke	18
d) Einlassung über den Verteidiger	19

Kapitel 4. Der Angeklagte und seine früheren Erklärungen als Beweismittel

A. Erklärungen des Angeklagten außerhalb der Hauptverhandlung	23
1. Vom Angeklagten verfasste Schriftstücke	23
2. Vom Angeklagten selbst gefertigte Filmaufnahmen	24
3. Erklärungen des Angeklagten gegenüber Verhörspersonen	24
a) Protokollierte Vernehmungen	24
b) Auf Video aufgezeichnete Vernehmungen	28
c) Mündliche Erklärungen (Spontanäußerungen)	29
4. Erklärungen des Angeklagten gegenüber einem Sachverständigen	29
5. Erklärungen des Angeklagten in anwaltlichen Schriftsätzen	30
B. Äußeres Erscheinungsbild/Mimik/Gestik/Sprachverhalten des Angeklagten	31

Kapitel 5.

Der Zeugenbeweis

A. Der Zeuge als zentrales (und zuverlässiges?) Beweismittel	33
B. Die unmittelbare Vernehmung eines Zeugen	36
1. Vernehmungshilfen (-gehilfen)	37
2. Vorhalte	38
C. Zeugenvernehmung durch beauftragte und ersuchte Richter	39
1. Verfahrenssituationen, die eine kommissarische Vernehmung gebieten	40
2. Durchführung der kommissarischen Vernehmung	40
3. Einführung des Vernehmungsergebnisses in die Hauptverhandlung	40
D. Entbindung des Angeklagten von der Anwesenheitspflicht	41
1. Ausschluss des Angeklagten gemäß § 247 StPO	42
a) Regelungsstruktur	42
b) Inbegriff der Vernehmung	45
2. Bloße Veränderung der Sitzposition	45
3. Sonderfälle verstärkter Schutzbedürftigkeit	46
a) Kinder	46
b) Vertrauenspersonen und verdeckte Ermittler (besonders schutzbedürftige Zeugen)	47
c) Auslandszeugen	48
E. Frühere Erklärungen des Zeugen	50
1. Der Zeuge vom Hörensagen	50
2. Systematik des Urkundenbeweises (§§ 249 ff. StPO)	51
3. Anwendungsbereich des § 250 StPO	52
a) Wahrnehmung von Tatsachen	52
b) Vernehmungsprotokolle/schriftliche Erklärungen/Urteile/Beschlüsse	52
c) Verwertung früherer über einen Anwalt getätigte Erklärungen	53
4. Ausnahmen zu § 250 StPO	54
a) § 251 StPO	54
b) § 253 StPO	54
c) § 256 StPO	56
d) Ergänzungen der Zeugenaussage durch Protokollverlesung	57
5. Sonderfälle	58
a) Reproduktionsverbot des § 252 StPO	58
b) Vertrauensperson und verdeckte Ermittler	60
c) Verwertung früherer audiovisueller Aufzeichnungen	61
aa) Ergänzung zur Zeugenvernehmung/Schließung von Lücken	61
bb) Ersetzung im Anwendungsbereich des § 255a Abs. 2 StPO	62
cc) Ersetzung im Anwendungsbereich des § 255a Abs. 1 StPO	64
dd) Reproduktionsverbot des § 252 StPO	64

Kapitel 6.

Der Augenscheinbeweis

A. Einführung	67
B. Unmittelbarkeitsgrundsatz und Augenscheinbeweis	68
C. Herstellung einer Augenscheinlage	70
D. Wichtige Einzelfälle	71
1. Gegenstände	71
2. Fotos/Film/Videoaufzeichnungen und virtuelle Tatortbegehungen	71
3. Druckwerke	71
4. Telekommunikationsüberwachungen (§ 100a StPO)	73
5. Tonaufzeichnungen	75

6. Tatrekonstruktionen, Experimente und Versuche	75
7. Tatortskizzen	76
8. EDV-Anlagen/Technische Aufzeichnungen/„Daten“	77
9. Funkzellenauswertungen	78

Kapitel 7.

Der Urkundenbeweis

A. Einführung	81
B. Unmittelbarkeitsgrundsatz und Urkundenbeweis	82
C. Einbeziehung von Urkunden in die Hauptverhandlung	82
1. Verlesung als Regelfall	82
2. Alternative Einführungsformen	83
a) Zeugenvernehmung (mittels Vorhalt)	83
b) Bekanntgabe des wesentlichen Inhalts	84
c) Selbstleseverfahren, § 249 Abs. 2 StPO	84
d) Sonderfall: Der sprachunkundige und/oder leseunkundige Angeklagte	
D. Wichtige Einzelfälle	90
1. Telefonüberwachungsprotokolle	90
2. „Daten“-Ausdrucke	90
3. Reproduktionen	90
4. Fremdsprachige Schriften	91
5. Geheimschriften	91
6. Gerichtshilfe-/Jugendgerichtshilfe-/Bewährungshilfeberichte	92

Kapitel 8.

Der Sachverständigenbeweis

A. Einführung	93
1. Erforderlichkeit des Sachverständigenbeweises	93
2. Auswahl des Sachverständigen	94
B. Verhältnis zu anderen Beweismitteln	95
C. Einbeziehung gutachtlicher Erkenntnisse in die Hauptverhandlung	95
1. Bei eigener Sachkunde	95
2. Bei fehlender eigener Sachkunde	96
a) Durch mündliche Gutachtenerstattung	96
b) Durch Verlesung	97

Kapitel 9.

Gerichts- und Offenkundigkeit

A. Einführung	101
B. Hauptanwendungsfälle	102
C. Einführung der Tatsachen in den Prozess	104

Kapitel 10.

Das Freibeweisverfahren

A. Einführung	105
B. Hauptanwendungsfälle	105
C. Einführung der Erkenntnisse in den Prozess	107
D. Sonderfall: Schätzungen und Mindestfeststellungen	107

Kapitel 11.**Geständige Angeklagte**

A. Nichtgeständnisfähige Tatsachen	109
B. Pflicht zur Geständnisüberprüfung	110
1. Bewertungsmaßstab	110
2. Grenzen	110
3. Notwendiger Umfang einer bestätigenden Beweisaufnahme	112

Kapitel 12.**Effektive Beweisaufnahme**

A. Ziel der Darstellung	115
B. Grundvoraussetzungen einer effektiven Beweisaufnahme	115
C. Vorgespräche	116
1. Vorgespräche über den äußeren Ablauf (§ 213 Abs. 2 StPO)	117
a) Inhalt und Umfang der Vorgespräche	117
b) Form der Vorgespräche	117
2. Vorgespräche über den Stand des Verfahrens (§§ 202a, 212 StPO)	117
a) Form des Erörterungstermins	118
b) Inhalt und Umfang des Erörterungstermins	118
D. Beweiserhebungen im Zwischenverfahren	121
1. Vor dem Eröffnungsbeschluss	121
2. Nach dem Eröffnungsbeschluss	122
E. Erstellung eines Verhandlungsplans	122
1. Zweck eines Verhandlungsplans	122
2. Gesetzliche Vorgaben	123
3. Verhandlungsplan gleich Ladungsplan?	123
4. Gestaltungsbeispiele für einen (einfachen) Verhandlungsplan	124
a) Aufbau nach Tatbestandsmerkmalen/Straftatbeständen	125
b) Aufbau nach Tatkomplexen	127
c) Untergliederung nach der Schuldfeststellung/Rechtsfolgenanordnung	128
5. Erweiterter Verhandlungsplan	129
a) Ersteller	129
b) Zeitliche Strukturierung	129
aa) Effektiver Verhandlungsplan	130
bb) Alternativer Verhandlungsplan	130
c) Reihenfolge der unmittelbaren und mittelbaren Beweismittel	131
d) Ausführliche Zeugenvernehmung	133
6. Änderungen des Verhandlungsplans	136

Kapitel 13.**Effektive Auswertung der Beweisaufnahme**

A. Effektivität durch Vereinfachung	137
B. Strukturierungsmöglichkeiten der Beweisergebnisse	138
C. Sonderfall: Ausschlussverfahren	140

Anhang

A. Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	143
I. Einführung	143
II. Schwerpunkte der Beweisaufnahme	144
1. Vernehmung des Tatopfers	144
a) Vernehmungssituation	144
b) Anforderungen an die Vernehmung	145

c) Aussage gegen Aussage	145
2. Psychiatrische oder aussagepsychologische Gutachten	148
a) Notwendigkeit eines Gutachtens	148
b) Anforderungen an die Begutachtung und deren Darstellung	149
c) Abweichungen vom Gutachtenergebnis	149
3. Augenscheinobjekte	150
4. Sonderfall: Kindliche Geschädigte	150
a) Individualisierung der einzelnen (Serien-)Taten	150
b) Zur Verfügung stehende Beweismittel	151
B. Kapitalstrafsachen	152
I. Einführung	152
II. Tötungsvorsatz	152
1. Rechtlicher Ausgangspunkt	152
2. Praxisbezogener Ausgangspunkt	154
3. Einzelfallkonstellationen	156
a) Schusswaffen	156
b) Stichwaffen	157
c) Andere gefährliche Werkzeuge	158
d) Angriffe gegen den Hals (Würgen)	158
e) Fußtritte	159
f) Schütteln von Kindern	160
III. Rücktritt	160
1. Einleitung	160
2. Rechtlicher Ausgangspunkt	160
3. Zwingende Feststellungen	162
IV. Strafzumessung	162
1. § 213 StGB	162
a) Provokationsfälle	163
b) Sonstiger minder schwerer Fall	164
2. §§ 20, 21 StGB	165
a) Einleitung	165
b) Dem Beweis zugängliche Tatsachen	166
c) Erheblichkeit iSd § 21 StGB	167
d) Pflichtgemäße Ermessensausübung	167
e) Wichtige Fallgruppen	168
aa) Alkoholrausch	168
bb) Drogenrausch/-abhängigkeit	170
cc) Affekt	171
C. Diebstahl/Raub	173
I. Einführung	173
II. Überführung durch DNA-Analyse	173
1. Verfahren zur Ermittlung des genetischen Fingerabdrucks	173
2. Anforderungen an die Beweisaufnahme	174
3. Anforderungen an die Darstellung der Ergebnisse	174
D. Betrugsverfahren	176
I. Massenverfahren	176
1. Einführung	176
2. Nicht ermittelbare irrtumsbedingt Verfügende	177
a) Schätzungen	177
b) Einfach gelagerte Fälle	177
c) Rückschlüsse aus Indizien	177
3. Rückschluss aus der Vernehmung weniger Zeugen	178
a) Effektive Vorbereitung der Hauptverhandlung im Ermittlungsverfahren	178
b) Vernehmung weniger Zeugen	178
4. Vereinfachung des Verfahrens	179

II. Ermittlung des Vermögensschadens	180
1. Einführung	180
2. Rechtliche Grundlagen der Schadensberechnung	181
a) Warenkaufverträge	181
b) Kreditbetrug	182
c) Rabattbetrug	183
d) Stundungsbetrug	183
e) „Schrottimmobilien“	184
f) Aktienkauf	184
g) „Schneeballsysteme“	185
h) Leasing-Betrug	185
i) Kapitalanlage-Betrug	185
j) Anstellungs-Betrug	186
3. Effektive Bestimmung in der Hauptverhandlung	186
E. Betäubungsmittelverfahren	189
I. Einführung	189
II. Wichtige Fallvarianten	189
1. Kurierfahrten	189
2. Handeltreiben	191
3. Bewaffnetes Handeltreiben mit Betäubungsmitteln	193
4. Bewertungseinheit	194
III. Entscheidende Beweismittel in Btm-Verfahren	195
1. Telefonüberwachung und Handyauswertung	195
a) Inbegriff der Hauptverhandlung	195
b) Strukturierung der Telefonaufzeichnungen	195
2. Wirkstoffgutachten	198
Stichwortverzeichnis	201